



BUNDESARBEITSKAMMER  
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22  
1040 WIEN  
T 01 501 65  
www.arbeiterkammer.at  
DVR 1048384

Energie-Control Austria für die Regulierung  
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft  
(E-Control)  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel <b>501 65</b> Fax <b>501 65</b>	Datum
-	WP-GSt/Th/Ni	Josef Thoman	DW 2263 DW 2532	14.11.2013

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die System-nutzungsentgelte-Verordnung 2012 (SNE-VO 2012) geändert wird (System-nutzungsentgelte-Verordnung 2012-Novelle 2014, SNE-VO 2012-Novelle 2014)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des im Betreff genannten Verordnungsentwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung:

### **Zum Regelungsinhalt der SNE-VO 2014 im Allgemeinen**

Die BAK möchte einleitend festhalten, dass eine endgültige Beurteilung der SNE-VO 2014 erst nach den Erläuterungen betreffend der Kostenaufteilung zwischen den unterschiedlichen NetzbenutzerInnen durch die E-Control möglich ist. Die BAK behält sich daher eine allfällige ergänzende Stellungnahme für den Regulierungsbeirat (§ 19 E-ControlG) vor.

Mit 1. Jänner 2014 beginnt für die österreichischen Stromverteilnetzbetreiber die 3. Anreizregulierungsperiode (vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2018). Von der Anreizregulierung erfasst werden alle Stromverteilnetzbetreiber mit einer Abgabemenge von über 50 GWh im Kalenderjahr 2008. Diese Netzbetreiber wurden im Jahr 2013 einer Kostenprüfung zur Bestimmung der Startkosten für die dritte Regulierungsperiode unterzogen. Ausgehend von der Kostenbasis und der Ergebnisse eines Benchmarkings wird den Unternehmen ein Kosten- und Erlöspfad zur Erreichung des Zielwertes am Ende der Regulierungsperiode vom Regulator vorgegeben.

Der gegenständliche Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control (REK) ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2014 anzuwendenden Entgelte für die Systemnutzung der österreichischen Stromnetze (§ 49 EIWOG 2010). Basis für diese Entgeltbestimmung ist

das Kosten- und Mengenermittlungsverfahren durch die Energie-Control-Austria (ECA), das durch den Vorstand der ECA mittels Bescheid festgestellt wurde (§ 48 Abs 1 EIWOG 2010).

Grundsätzlich möchte die BAK festhalten, dass die wichtigsten Ziele der Energie-Regulierungspolitik in der Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie liegen. Die Regulierungspolitik muss somit die Zielsetzung angemessener und leistbarer Energiepreise mit ausreichenden Anreizen für die Netzbetreiber für notwendige neue Investitionen sowie Ersatzinvestitionen in Einklang bringen. Es ist darüber hinaus auch Aufgabe der Regulierungspolitik, die Erreichung der volkswirtschaftlichen Ziele in Hinblick auf Wachstums- und Beschäftigungspolitik zu unterstützen. Die BAK ersucht die Regulierungsbehörde auch darum, bei der Überwälzung der angemessenen Kosten auf die nachgelagerten Netzebenen auf eine faire Aufteilung zu achten. Angesichts des verstärkten Ausbaus der Netze – wie dies unter anderem auch im 10-jährigen Netzentwicklungsplan ausgeführt wird – kommt dieser Aufgabe zukünftig eine hohe Bedeutung zu.

Im Hinblick auf Netzebene 7 (Haushalte) sind für die BAK folgende Punkte relevant:

- Fast in allen Netzbereichen – mit Ausnahme von Niederösterreich und dem Bereich Kleinwalsertal – werden die Jahresfixpauschalen, die die EntnehmerInnen für die Netznutzung zu bezahlen haben, angehoben. Erhöhungen verbrauchsunabhängiger, fixer Kostenkomponenten benachteiligt KleinverbraucherInnen (wie Single-Haushalte oder PensionistInnen) überproportional und werden daher grundsätzlich von der BAK kritisch gesehen. Die BAK fordert daher, dass Begründungen für diese Schritte sowie die Auswirkungen auf die einzelnen VerbraucherInnengruppen im Regulierungsbeirat auszuführen sind.
- Die Änderungen der verbrauchsabhängigen Netznutzungs- und Netzverlustentgelte führen zu den stärksten Erhöhungen in den Netzbereichen Wien, Klagenfurt und dem Burgenland. Die Netzbereiche Wien und Klagenfurt zählen auch nach der Erhöhung immer noch zu den Netzbereichen mit den niedrigsten Entgelten. In den Netzbereichen Innsbruck, Steiermark und Kärnten kommt es zu geringfügigen Erhöhungen, wobei der Netzbereich Kärnten – neben dem Kleinwalsertal – immer noch die höchsten Entgelte aufweist. Stärkere Senkungen dieser Entgelte finden sich in den Netzbereichen Niederösterreich, Tirol und Linz.
- Dem neu eingeführten, günstigeren Netznutzungsentgelt für Anbieter von Regelennergie steht die BAK kritisch gegenüber. Sie zweifelt auch daran, dass es dadurch zu preisdämpfenden Effekte auf dem Regelenenergiemarkt kommen wird. Die BAK ersucht um nähere Erläuterung dieser neuen Regelungen im Rahmen des Regulierungsbeirates.
- Begrüßt wird von der BAK, dass die Regulierungsbehörde erstmals in den Erläuterungen die Veränderungen der Netznutzungs- und Netzverlustentgelte für Standardfälle grafisch dargestellt hat, was die Übersicht über die Veränderungen wesentlich erleichtert.

## Zum Regelungsinhalt der SNE-VO 2014 im Einzelnen

### § 4 – Netznutzungsentgelt in Verbindung mit § 6 Z 1 bis 15 – Netzverlustentgelte

Die Kostenüberprüfung im Jahr 2013 ergibt für 8 von 14 Netzbereichen eine Senkung der Netznutzungsentgelte für 2014. Die Erhöhung im Netzbereich Wien ist wesentlich auf die Steigerung der unbeeinflussbaren Kosten (§ 59 Abs 6 Z 6 EIWOG) zurückzuführen. Die zum Teil starke Reduktion der Netzverlustentgelte in allen Netzbereichen – ausgenommen Vorarlberg – wird vor allem mit den gesunkenen Beschaffungspreisen für Netzverluste begründet. Auf der für Haushalte relevanten Netzebene 7 (nicht gemessen) stellen sich die Änderungen der Netznutzungs- und Netzverlustentgelte sowie die Leistungspreise wie folgt dar (durchschnittlicher Stromverbrauch von 3.500 kWh/Jahr):

### Netznutzung- und Netzverlustentgelt 2014 im Vergleich zum Vorjahr

(Netzebene 7, nicht gemessene Leistung, 3.500 kWh/Jahr)

		NNE und NVE (Δ in %)	Leistungspauschale 2014 in Cent (Δ 2013/12 in %)
Netzbereich	Niederösterreich	-9,33%	1728 ( 0,0%)
Netzbereich	Tirol	-6,26%	1380 (31,4%)
Netzbereich	Linz	-6,05%	1380 (35,3%)
Netzbereich	Graz	-5,72%	1836 ( 2,0%)
Netzbereich	Kleinwalsertal	-5,70%	1476 ( -5,4%)
Netzbereich	Oberösterreich	-5,27%	1380 (35,3%)
Netzbereich	Vorarlberg	-4,82%	1380 ( 0,9%)
Netzbereich	Salzburg	-2,96%	1716 ( 6,7%)
Netzbereich	Kärnten	0,11%	2100 ( 1,7%)
Netzbereich	Steiermark	0,62%	1836 ( 2,0%)
Netzbereich	Innsbruck	0,97%	1380 (31,4%)
Netzbereich	Burgenland	1,15%	2352 ( 2,1%)
Netzbereich	Klagenfurt	2,08%	2232 ( 3,3%)
Netzbereich	Wien	4,42%	1380 ( 5,5%)

Quelle: E-Control

Die BAK begrüßt, dass für die meisten Netzbereiche eine Reduktion sowohl bei den Netznutzungs- als auch den Netzverlustentgelten vorgenommen wird. Auffallend ist allerdings, dass in allen Netzbereichen – mit Ausnahme des Kleinwalsertales – die jährliche Leistungspauschale angehoben wird, wobei die Erhöhung bei niedrigeren Pauschalen höher ausfällt und vice versa. Die BAK verkennt nicht, dass die Regulierungskommission bestrebt ist, die jährlichen Leistungspauschale zwischen den einzelnen Netzbereichen stärker anzugleichen. Der Unterschied hat sich im Vergleich zum Vorjahr auch verringert – und liegt jetzt zwischen 13,80 Euro zB im Netzbereich Tirol und 23,52 Euro im Netzbereich Burgenland. Die BAK steht aber diesem Schritt insofern kritisch gegenüber, als gerade die Erhöhung verbrauchsunabhängiger, fixer Kostenkomponenten überproportional KleinverbraucherInnen (wie Single-Haushalte oder PensionistInnen) benachteiligt. In den Erläuternden Bemerkungen werden die Erhöhungen der Leistungspauschalen „Verursachergerechtigkeit“ begründet. Die BAK kann diese Begründung nicht nachvollziehen

und ersucht um eine Diskussion im Regulierungsbeirat zu den Überlegungen, die zu einer sukzessiven Erhöhung der Leistungspauschalen seit zwei Jahren führen sowie Ausführungen darüber, wie sich diese Änderungen auf einzelne Verbrauchergruppen in den 14 Netzbereichen auswirken.

Hingegen erfolgt die Änderung der verbrauchsabhängigen Komponente (Arbeit) in den einzelnen Netzbereichen unterschiedlich. Während es in fast der Hälfte der Netzbereiche zu Senkung der Netznutzungsentgelte kommt – Niederösterreich, Oberösterreich, Linz, Salzburg, Graz, Tirol, Innsbruck, Vorarlberg und Kleinwalsertal – werden in anderen Netzbereichen die Netznutzungsentgelte erhöht (Burgenland, Kärnten, Klagenfurt, Steiermark und Wien). Gleichzeitig werden die Netzverluste für die Netzebene 7 in allen Netzbereichen – bis auf Oberösterreich – zum Teil massiv gesenkt. Dadurch verstärken sich die Effekte der Senkung der Netznutzungsentgelte bzw reduzieren sich teilweise die Belastungen von Erhöhungen der Netznutzungsentgelte. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist ergeben sich für einen durchschnittlichen Haushalt (3.500 kWh pro Jahr) dadurch die stärksten Senkungen in den Netzbereichen Niederösterreich (-9,33%), Tirol (-6,26%) und Linz (-6,05%). Zu Erhöhungen kommt es in den Netzbereichen Wien (+4,42%), Klagenfurt (+2,08%) und dem Burgenland (+1,15%). Wien zählt trotz dieser Erhöhung noch zu den Netzbereichen mit niedrigen Entgelten. Kärnten zählt weiterhin zu dem Netzbereich mit dem höchsten Netznutzungs- und Netzverlustentgelt – mit Ausnahme vom Kleinwalsertal.

Die BAK möchte aber besonders auf den Netzbereich Steiermark hinweisen: Während auf der Netzebene 7 „gemessene Leistung“ sowohl beim Leistungspreis als auch bei den arbeitsbezogenen Netznutzungsentgelten eine Erhöhung von 1,4% vorgesehen ist, fällt diese Erhöhung bei der „nicht gemessenen Leistung“, bei der „unterbrechbaren Leistung“ und bei der „nicht gemessenen Leistung, Doppeltarif“ mit 2% bis 2,3% signifikant höher aus. Diese stärkeren Erhöhungen betreffen überwiegend Haushalte. Bereits bei der Festlegung der Netzentgelte 2013 hat die BAK eine Schieflage zwischen diesen Entgeltkomponenten aufgezeigt. Nach Ansicht der BAK sollten diese unzureichenden Senkungen der für Haushalte relevanten Entgeltkomponenten in den Netztarifen 2014 ausgeglichen werden.

#### **§ 4 Abs 1 Z 9 – Regelenenergieanbieter**

Mit der Einführung eines neuen Netznutzungsentgeltes möchte die Regulierungskommission die Liquidität des Regelenenergiemarktes erhöhen. Zwar verkennt die BAK nicht, dass neue Anbieter einen Beitrag dazu leisten können, die hohen Beschaffungspreise für Regelenenergie zu senken. Allerdings bezweifelt die BAK, dass diese Regelung sich wesentlich preisdämpfend auf den Regelenenergiemarkt auswirken könnte. Seit 2012 erfolgt die Beschaffung der Regelenenergie durch Ausschreibung. Diese wird durch die Austrian Power Grid (APG) als Regelzonenführer durchgeführt. Der Regelenenergiemarkt weist allerdings oligopolistische Strukturen auf, weil nur wenige Anbieter die erforderlichen technischen Voraussetzungen erfüllen, um Regelenenergie anbieten zu können – vor allem im Bereich der Primär- und Sekundärregelenenergie. Derzeit werden diese Dienstleistungen fast ausschließlich von Pumpspeicherkraftwerken angeboten.

Regelenenergie ist erforderlich um die Frequenz im Stromnetz zu halten. Grundsätzlich wird zwischen positiver Regelenenergie (es wird mehr Strom aus dem Netz genommen, als ins Netz eingespeist wird, daher zum Ausgleich Strom eingespeist) und negativer Regelenenergie (es

wird weniger Strom aus dem Netz genommen, als eingespeist wird, daher wird zum Ausgleich Strom aus dem Netz genommen) unterschieden. Für die letztere Dienstleistung – nämlich die negative Regelenergie – wird ein eigener, niedrigerer Tarif vorgeschlagen: Wird Regelenergie abgerufen, so ist für diese Entnahme von Strom aus dem Netz ein niedrigeres Netznutzungsentgelt für Arbeit und Leistung zu entrichten. Die Höhe entspricht dem Netznutzungsentgelt (Arbeit und Leistung), das derzeit Betreiber Pumpspeicherkraftwerken zu entrichten haben.

Offen für die BAK ist, welche Anbieter dieses neue Entgelt in Anspruch nehmen könnten und wie diese zusätzlich abgerufenen Regelenergiemengen messtechnisch erfasst werden können (Problem der Differenzierung zwischen bloßer Lastverschiebung und Mehrbezug). Auch die Aufteilung in Fällen, bei denen diese Regelenergieleistung nicht von einem Anbieter, sondern von mehreren Anbietern (Pool) erbracht wird, dürfte gerade bei Bündelung kleiner Einheiten ein komplexer Vorgang sein, für welchen möglicherweise erst entsprechende (umfangreiche, kostenintensive) Datenaustausch- und Abrechnungsprozesse eingerichtet werden müssen. Die BAK ersucht um genauere Erläuterungen dieser Fragen im Regulierungsbeirat und behält sich eine abschließende Beurteilung noch vor.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Rudi Kaske  
Präsident  
F.d.R.d.A.

Günther Chaloupek  
iV des Direktors  
F.d.R.d.A.